

# Die Frage nach der Gerechtigkeit

**HENGGART** Man muss etwas gegen die steigenden Krankenkassenprämien tun. Darüber waren sich die Kantonsratskandidatinnen und -kandidaten der SVP und der SP einig. Was genau, wurde kontrovers diskutiert.

Am 27. November entscheiden die Stimmbürgerinnen und -bürger des Kantons Zürich über die Gerechtigkeitsinitiative der SVP sowie den Gegenvorschlag des Kantonsrats. Die beiden Vorlagen möchten die finanzielle Last der Krankenkassenprämien abfedern und dazu unter anderem die Steuerabzüge erhöhen (siehe Kasten).

Als «der falsche Weg» und ein «Giesskannenprinzip» sieht dies die SP. Die Partei lehnt sowohl die Initiative als auch den Gegenvorschlag ab. Kein Wunder also, dass an der Podiumsdiskussion am Donnerstagabend im Restaurant Bahnhof in Henggart kontrovers über dieses Thema diskutiert wurde, waren doch je drei SP- und drei SVP-Kantonsratskandidatinnen und -kandidaten auf der Bühne vertreten: Sibylle Jüttner (Kantonsrätin bisher, SP), Holger Gurtner (SP), Arnold Kohler (SP), Stefan Stutz (SVP), Matthias Stutz (SVP) und Paul Mayer (Kantonsrat bisher, SVP). Wobei Letzterer auf der Pro-Seite nicht richtig mitgezählt werden konnte, da er die Rolle des neutralen Moderators und Fragestellers übernahm. Unter den wachsamem Augen von Käthi Furrer, Co-Präsidentin der SP Weinland, meisterte er seine Aufgabe «mit Bravour», wie sie am Ende der Veranstaltung lobend verdankte.

## Auswirkungen auf die Gemeinden

Von den Kandidatinnen und Kandidaten wollte Paul Mayer etwa wissen, welche Auswirkungen eine Annahme der Initiative für die Gemeinden im Bezirk Andelfingen hätte. SP-Kandidatin Sibylle Jüttner befürchtet, dass wegen Steuerausfällen das Geld für Projekte fehlen würde. «Vielleicht kann im Ort dann genau etwas nicht gebaut werden, das benötigt würde.» Dadurch, dass die Initiative die Höhe der Abzüge von der Teuerung loskoppeln und stattdessen an die Prämienentwicklung anpassen wolle, erschwere es zudem die Bud-



Am Podium zur Gerechtigkeitsinitiative diskutierten v.l.n.r.: Sibylle Jüttner, Holger Gurtner, Arnold Kohler, Paul Mayer, Matthias Stutz und Stefan Stutz. Bild: bsc

getplanung der Gemeinden. Kantonsweit sieht sie die Gefahr, dass durch die hohen Steuerausfälle (150 Millionen bei Annahme der Initiative und 45 Millionen beim Gegenvorschlag) die Prämienverbilligungen auf dem Spiel stehen könnten. «Von der Initiative profitieren infolge der Progression insbesondere die Besserverdienenden und nicht diejenigen, die es wirklich gebrauchen könnten», ergänzte Arnold Kohler. Für ihn und die SP sei die Initiative deshalb der falsche Weg.

## Die Suche nach Lösungen

Dem widersprach die SVP, darunter Matthias Stutz. Als Gemeindepräsident von Marthalen könne er sagen, dass es unwahrscheinlich sei, dass die Steuerausfälle einen grossen Einfluss auf die Gemeinden in der Region hätten. Sie seien es sich zudem gewohnt, mit Unsicherheiten zu budgetieren. Stefan Stutz warf ein, dass vom Steuerabzug alle profitieren könnten. «Klar können die Besserverdienenden mehr abziehen, aber sie zahlen ja auch mehr ein.» Die Steuerabzüge zu erhöhen, sei ein wirksames Mittel, etwas Funktionie-

rendes unkompliziert auszubauen, so Matthias Stutz. Man könne nicht eine Vorlage ablehnen, nur weil man jemand anderem nicht gönne, dass er mehr abziehen könne als man selbst.

Gegen diesen Vorwurf wehrten sich die SP-Vertretenden vehement. «Wir gönnen es allen, haben aber die Befürchtung, dass dann für anderes das Geld fehlt.» Wirkungsvoller wäre es, die Millionen in die Prämienverbilligung zu stecken und zu schauen, dass die Krankenkassen effizienter arbeiten und weniger Geld für Werbung ausgeben würden, so Holger Gurtner. Oder die Idee einer Einheitskrankenkasse für die Grundversicherung zu verfolgen, ergänzte Arnold Kohler. Auch über diese möglichen Lösungen entbrannte eine kontroverse, aber fair geführte Diskussion. Immerhin zwei Konsense gab es am Ende über die Parteigrenzen hinweg: Gegen die steigenden Krankenkassenprämien muss dringend etwas unternommen werden. Ebenfalls einig waren sich die Politikerinnen und Politiker, dass sie sich den Saal voller gewünscht hätten. Gerade mal etwa 15 Personen befanden sich im Publikum. (bsc)

## Das Wichtigste in Kürze

- Am 27. November kommt die Volksinitiative «Gerechtigkeit schaffen – Krankenkassen-Prämienabzug der Realität anpassen (Gerechtigkeitsinitiative)» der SVP sowie der Gegenvorschlag des Kantonsrats zur Abstimmung im Kanton Zürich.
- Die Zürcher Steuerzahler dürfen die Kosten für die Krankenkasse vom steuerbaren Einkommen abziehen. Der maximale Abzug pro Erwachsenen, 2600 Franken pro Jahr, entspricht aber nicht mehr den realen Kosten für die Krankenkasse, weil die Prämien stark gestiegen sind.
- Die Initiative der SVP verlangt nun, dass die Abzüge erhöht werden und die Höhe des Abzugs zudem regelmässig an die Prämienentwicklung angepasst wird. Einzelpersonen sollen in ihrer Steuererklärung neu 3600 statt 2600 Franken abziehen können, Ehepaare 7200 statt 5200 Franken. Kinder 1500 statt 1300 Franken.
- Für die Mehrheit des Kantonsrats geht die Volksinitiative allerdings angesichts befürchteter Steuerausfälle von je 150 Millionen Franken für Kanton und Gemeinden zu weit. Sie beantragt in einem Gegenvorschlag eine Erhöhung des Maximalabzugs um 300 Franken pro Erwachsenem, also 2900 Franken und bei Ehepaaren 5800 Franken. Zudem soll der Abzug wie bis anhin nur der allgemeinen Teuerung angepasst werden.
- Bei beiden Modellen sinkt die Steuerrechnung für die privaten Steuerzahler; im Gegenzug gehen auch die Steuereinnahmen des Kantons und der Gemeinden zurück.
- Für die Gerechtigkeitsinitiative sprechen sich SVP, EDU und Jungfreisinnige aus. Für den Gegenvorschlag: FDP, EVP, Die Mitte. Gegen beide Vorlagen sind Grüne, SP, AL und GLP. (bsc)

## ABSTIMMUNG VOM 27. NOVEMBER

# Kantonale Vorlage: Gegenvorschlag zur Gerechtigkeitsinitiative

### Pro: Hilft Familien und dem Mittelstand



Die SVP begünstigt mit dieser Volksinitiative (VI) die Besserverdienenden. Je höher das Einkommen, desto grösser die Steuerersparnis. Für erwachsene Steuerpflichtige soll der Abzug für die Krankenkassenprämien um 1000 Franken steigen. Der Abzug pro Kind soll um 200 Franken erhöht werden.

Es ist richtig, die steigenden Gesundheitskosten bei den Steuern zu berücksichtigen. Dass damit Steuerpflichtige entlastet werden, welche dies nicht benötigen, kann im Rahmen des Gegenvorschlags hingenommen werden. Dieser soll nicht zuletzt eine VI verhindern, die beim Kanton und den Gemeinden Steuerausfälle von jährlich 300 Millionen Franken erwarten lässt. Im Hinblick auf die kommenden finanziellen Herausforderungen ist dies für das Gemeinwesen nicht vertretbar. Der Gegenvorschlag will die Abzüge weniger stark anheben: Er sieht vor, den Abzug für erwachsene Personen

um 300 Franken, von 2600 auf 2900 Franken, zu erhöhen. Der Kinderabzug soll gleich bleiben, weil die Durchschnittsprämie für Kinder bereits dem Maximalabzug entspricht. Am Teuerungsindex soll sich nichts ändern. Die Steuerausfälle sind gegenüber der VI um etwa zwei Drittel kleiner, was für den Kanton und die Gemeinden tragbar wäre.

Die ständig steigenden Krankenkassenprämien belasten vor allem Menschen mit tiefen Einkommen. Deshalb muss gleichzeitig den sozial Schwächeren, denen Steuerabzüge nichts nützen, mit dem Ausbau der Prämienverbilligung geholfen werden. Dies ist aber nicht Gegenstand der Abstimmungsvorlage.

Die EVP lehnt die VI klar ab und empfiehlt ein überzeugtes Ja zum Gegenvorschlag und bei der Stichfrage ein Kreuz bei der Vorlage B.

**Maja Müller, Adlikon Co-Präsidentin EVP Bezirk Andelfingen**

Ja empfehlen: EVP, FDP, SVP, EDU, Die Mitte

### Kontra: Nein zum Gegenvorschlag der (Un-)gerechtigkeitsinitiative



Die Zahlen sprechen Bände. Unter 70 000 Franken Einkommen werden für Betroffene wenig bis keine Steuereinsparungen erzielt. Eine solche Initiative als gerecht zu verkaufen, erscheint mir fadenscheinig und betrügerisch.

Der Gegenvorschlag des bürgerlich dominierten Kantonsrats geht, wenn auch etwas milder, in die gleiche Richtung. Auch der Gegenvorschlag entzieht dem Kanton Steuer-gelder von um die 90 Millionen Franken. Geld, das dringend an anderen Orten gebraucht wird. Mit dem Entzug einer so hohen Summe wird riskiert, dass die Prämienverbilligung im Kanton Zürich für die Familien weiter gekürzt wird.

Die Prämien steigen. Dies ist der Hauptgrund, weswegen wir alle höhere Kosten tragen müssen. Zusätzliche Steuerabzüge sind ein ungerechter Weg, die Kosten für die Familien zu senken. Auch für den Mittelstand. Die Reduktion der Gesund-

heitskosten muss auf andere Weise erfolgen. Beispielsweise mit niedrigeren Medikamentenpreisen, weniger Werbeausgaben der Kassen (die Plakatwände sind derzeit voll, um Wechselwillige zu beeindrucken) und der Nutzung der exorbitanten Reserven der Krankenkassen (12,4 Milliarden zu Beginn 2022).

Die Familien sind auf gerechte Entlastung angewiesen, nicht auf Schein-Entlastung auf Kosten aller. Wenn der Kanton andauernd mit Steuergeschenken an Wohlhabende in seiner Finanzkraft geschwächt wird, vergrössern sich die Ungerechtigkeiten weiter.

Aus diesen Gründen lege ich 2 x Nein in die Wahlurne am 27. November und hoffe, die Stichfrage zugunsten des Gegenvorschlags ist überflüssig.

**Holger Gurtner, Feuerthalen, Gemeinderat, Kantonsratskandidat SP Weinland**

Nein empfehlen: SP, Grüne, GLP